

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 40 (1960-1961)
Heft: 12

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

DER ZUSAMMENHALT DER WESTLICHEN ALLIANZ

Rücktritt Paul-Henri Spaaks

Am 31. Januar, und zwar am Tage nach der Verlesung der «State-of-the-Union»-Botschaft Kennedys, reichte der Generalsekretär der NATO, *Paul-Henri Spaak*, seine Demission ein. Aufmerksame Beobachter verstanden den Rücktritt als Fanal, das die Risse in der atlantischen Allianz und in der westeuropäischen Zusammenarbeit erhellte. Zwar motivierte Spaak seinen Entschluß mit der Rückkehr in die Politik seiner *belgischen Heimat*; die politische Atmosphäre Belgiens ist von Konfliktstoffen erfüllt, und im März finden zudem Neuwahlen statt. Doch der Augenblick der Demission gab auch einen Hinweis auf weitere Gründe. Spaak hatte seit 1957 für eine *aktivere politische Konsultation* unter den NATO-Partner gekämpft; für diese Zusammenarbeit waren und sind allein schon der Algerienkrieg, der Konflikt im ehemals belgischen Kongo und dessen Rückwirkungen schwere Belastungen. Dazu kamen die *Pläne de Gaulles*, die NATO in eine gelockerte Allianz im Stile des 19. Jahrhunderts zu verwandeln. Um diese französischen Pläne zu bekämpfen, machte sich Spaak zum Anwalt von *General Norstads* Vorschlag, durch den gewisse Kernwaffen zur direkten Verfügung der NATO gestellt werden sollten. Spaak erhoffte eine eindeutige Unterstützung durch die neue Administration in Washington. In den programmatischen Erklärungen Kennedys fehlte jedoch eine explizite Unterstützung für den Generalsekretär der NATO — der Augenblick für den Rückzug in die belgische Politik, wie ihn Spaak schon letztes Jahr erwogen hatte, war gegeben.

Kennedys NATO-Politik

Seit der Demission Spaaks hat Kennedy Äußerungen getan, die eindeutig bestätigen,

dass auch er die Ziele der NATO aktiv zu unterstützen gedenkt. In einer *Botschaft an den ständigen NATO-Rat* erklärte er, daß die Aufrechterhaltung der militärischen Stärke in Europa für die freie Welt von größter Bedeutung sei. Er vertraue auf die westeuropäischen Länder, ihren angemessenen Anteil für eine gemeinsame Anstrengung zur Entwicklung der Wirtschaft und der Verteidigung einzusetzen — ein amerikanisches Anliegen, das in den kommenden Monaten noch an Bedeutung gewinnen wird, wie bereits die deutsch-amerikanischen Finanzverhandlungen zeigen.

Als ständiger Vertreter der USA bei der NATO ist *Thomas Finletter* bestimmt worden, der unter Truman einmal den Posten des Luftwaffenministers bekleidete. Als aktiver Berater in NATO-Fragen soll zudem der frühere Staatssekretär *Dean Acheson* eine wichtige Rolle bei der Bestimmung der westlichen Verteidigungspolitik spielen. Darin liegt eine Garantie für eine aktive und realistische Gestaltung des künftigen Kurses. In Zusammenarbeit mit einem neuen, von früheren Kontroversen unbelasteten Generalsekretär der NATO lassen sich so die offenen Fragen in Angriff nehmen, zu denen auch das schwierige Problem der Übergabe bestimmter Nuklearwaffen an das Oberkommando der NATO gehört. Kennedy hat den beschleunigten Bau von *Atomunterseebooten für «Polaris»-Raketen* angeordnet. Damit könnte der Vorschlag des früheren Staatssekretärs Herter, der der NATO im Dezember Atomunterseeboote und Raketen angeboten hatte, rascher realisiert werden. Die NATO, aber auch die USA würden auf diese Weise in zunehmendem Maße von festen Raketenstützpunkten unabhängig. Der Streit um Basen, den Moskau ja ständig für seine Propaganda ausnützt, ließe sich ausschalten; gleichzeitig würde die Schlagkraft und auch das Prestige der NATO gesteigert.

Wandlungen der amerikanischen Außenpolitik

Die strategische Neuplanung ist eng mit der Überprüfung der Außenpolitik verknüpft. Die Wandlungen dieser Politik in den letzten anderthalb Jahrzehnten legt *M. A. Fitzsimons* in einem instruktiven Aufsatz dar, der in der von ihm geleiteten amerikanischen Zeitschrift «The Review of Politics» unter dem Titel *Fifteen Years of American Foreign Policy* erschienen ist (Januar 1961). In den ersten zwei Nachkriegsjahren führte Amerika in Rekordzeit seine Demobilisierung durch. Friedensverträge und die Errichtung der Vereinigten Nationen sollten eine neue Ordnung schaffen, um einen Krieg für alle Zeiten unmöglich zu machen. Mit dem kalten Krieg folgte auf diese erste Periode geduldiger, aber enttäuschter Hoffnungen allmählich die Periode der *Eindämmung*, umschrieben mit George Kennans Begriff des «Containment». In diesen Jahren von 1947 bis 1950 versuchte Washington in Griechenland und im Mittleren Osten das Eindringen des Kommunismus zu verhindern. In Europa trug der Marshall-Plan Früchte, während die Errichtung der NATO nur ein Teilerfolg war. Die europäischen Staaten waren nicht in der Lage, ihre Streitkräfte in dem Ausmaß aufzubauen, daß sie das Vordringen der Sowjetunion hätten eindämmen können. Sie mußten ihre militärischen Programme und Verpflichtungen abbauen; außerdem aber erschwerte die rasche Entwicklung neuer Massenvernichtungswaffen die Aufgabe der NATO.

Mit dem Koreakrieg setzt eine dritte Periode ein (1950—1953), die durch eine wachsende *Militarisierung* der Eindämmungspolitik gekennzeichnet ist und schließlich zu einer umfassenden Wiederbewaffnung des Westens führte. Die nächste Periode (1953 bis 1957) sieht Fitzsimons charakterisiert durch das Konzept einer *massiven Vergeltung*. Diesem Wechsel sei eine Kritik der «Containment»-Politik im Namen einer Befreiungspolitik vorangegangen. Die letzte Periode (1957 bis zur Gegenwart) bringt eine Vollkommenung der *Politik gegenseitiger Abschreckung* — eine letzte Konsequenz der sowjetischen und amerikanischen Fortschritte in der Herstellung von Lenkgeschossen und

Kernwaffen. Diese Politik sei statisch, was um so gefährlicher sei angesichts der Initiative und Flexibilität von Chruschtschews Vorgehen. «Aus dem Stande der gegenseitigen Abschreckung folgt mit Wahrscheinlichkeit, daß der kalte Krieg mit andern Mitteln fortgeführt wird. Diese Mittel umfassen eine beträchtlich verstärkte politische Kriegsführung oder die Möglichkeit begrenzter Kriege — wir sind unvorbereitet auf beide Möglichkeiten» (S. 18). Die neuen Planer der amerikanischen Außenpolitik stehen so vor der Aufgabe, das enge, vorwiegend negative Konzept der Eindämmung, dieses Einfrierens im Status quo, das nach Fitzsimons noch immer die amerikanische Politik bestimmt, auszuweiten und durch Initiative und Phantasie zu ergänzen. Das gilt für das Verhältnis zu den Alliierten, aber auch für den Umgang mit Entwicklungsländern und in erster Linie für die Auseinandersetzung mit dem Ostblock.

De Gaulles Pläne

In der zweiten Februarwoche versammelten sich die Regierungschefs der sechs Länder der EWG in Paris, um die neuen Wege der *politischen Integration* Westeuropas zu prüfen. Das Ergebnis war äußerst bescheiden. Ein Studienkomitee soll die Frage behandeln, in welcher Weise ein Zusammenschluß institutionalisiert werden kann. Die Holländer stellten sich am entschiedensten gegen die Pläne de Gaulles, die auf die *Errichtung selbstständiger Institutionen* des politischen Sechservereins hinauslaufen. Die Kluft zwischen England und dem Kontinent soll nicht erweitert und auch die Beziehungen mit Washington nicht durch Formierung eines Sonderbundes erschwert werden. Die Abfolge von EWG- und EFTA-Konferenzen in kurzen Abständen illustriert deutlich, wie sehr sich im gefährdeten Resteuropa Partikularismen breit machen, obwohl das Wort vom Brückenschlag in aller Mund ist.

Dagegen verlief die Pariser Begegnung zwischen *de Gaulle* und *Adenauer* positiv. Gegenseitiges Mißtrauen wurde zerstreut; der General steckte seine Europapläne etwas zurück, und nach der holländischen Kritik an

Frankreich schaltete sich der deutsche Bundeskanzler vermittelnd in die Kontroverse ein.

Lumumbas Tod

Am 13. 2. teilte in Elisabethville *Innenminister Munongo* mit, daß der frühere Ministerpräsident des Kongo, *Patrice Lumumba*, und seine beiden Begleiter in einem Dorf des Katanga massakriert worden seien. Möglichkeiten zur Überprüfung des Tatbestandes wurden nicht gegeben. Die Regierung Tschombé kann sich so nicht vom Verdacht befreien, an der Ermordung ihres politischen Gegners mitgewirkt zu haben.

Lumumba war der Gründer der ersten nationalistischen Partei des Kongo, des «Mouvement National Congolais». Nach den Brüsseler Verhandlungen am Runden Tisch schien er zum ersten Regierungschef des unabhängigen Kongo prädestiniert. Gleich nach Amtsantritt bewies er jedoch, daß ihm trotz aller Suggestivkraft und aller Geschicklichkeit die Maßstäbe und Perspektiven eines Staatsmannes fehlten. Der 36-jährige Politiker, durch den übereilten Prozeß der Entkolonialisierung in sein hohes Amt geraten, versuchte mit allen Mitteln der Demagogie seine Machtposition auszubauen und zu erweitern. Der Zauberlehrling bediente sich fragwürdiger und schlimmer Geister und wurde schließlich selber ein Opfer dieses Hexenkessels. Am 6. 9. 1960 setzte Kasavubu seinen Ministerpräsidenten ab und internierte ihn. Am 2. 12. entfloh Lumumba, wurde aber wieder festgenommen. Am 18. 1. dieses Jahres wurde er in ein katangisches Gefängnis übergeführt und geriet so endgültig in die Hände seines Erzfeindes Tschombé.

Neue Offensive Moskaus

Moskau betrachtete Lumumba als das geeignete Instrument der sowjetischen Infiltration im Kongo. In den Monaten, da er bereits im

Gefängnis saß, machte die Sowjetpropaganda aus ihm systematisch den großen *Märtyrer der afrikanischen Emanzipation* und ein Symbol des Antikolonialismus. «Wahrer Sohn Afrikas» heißt ein Propagandastreifen über Lumumba, der in den russischen Kinos läuft. Mit dem Tode des Politikers erreichte diese Kampagne ihren Höhepunkt. *Kundgebungen* und *Krawalle* vor den Botschaften Belgiens sollten die spontane Empörung des Volkes demonstrieren.

Wichtiger als diese Demonstrationsmärche und Übergriffe auf diplomatische Vertretungen ist der erneute Angriff gegen Hammarskjöld und die UN. Der Kreml forderte nicht nur die Verhaftung Tschombés und Mobutus durch die UN-Truppen, sondern auch Sanktionen gegen Belgien und eine Einstellung der Kongoaktion der Vereinigten Nationen. Vor allem aber sollte Hammarskjöld, «der an den Gewalttätigkeiten gegen führende Staatsmänner der Republik Kongo teilnahm und sie organisierte» — so heißt es in einem Resolutionsentwurf Zorins im Sicherheitsrat! —, aus seinem Amte entlassen werden (vgl. NZZ 15. 2., Nr. 538). In der englischen Zeitung «The Guardian» wurde dazu erklärt, daß dieser Angriff gegen Hammarskjöld von Männern komme, «die für die Ermordung des ungarischen Ministerpräsidenten Nagy verantwortlich seien, unter Umständen, die noch schändlicher waren als im Falle Lumumba» (The Guardian, 15. 2.). Die Offensive Moskaus ist im Sicherheitsrat indessen vorläufig abgewehrt worden.

Gleichzeitig läuft die Kampagne für das Regime von Lumumbas Kampfgefährten, *Antoine Gizenga* in Stanleyville, das bereits von einer Reihe Staaten als einzige legitime Regierung des Kongo anerkannt worden ist. Der Kampf um die Macht im Kongo geht weiter. Es wird sich zeigen, ob Hammarskjöld mit neuen Vollmachten und auch mit Unterstützung der Schlichtungskommission der UN in der Lage sein wird, dem Brand im Kongo Einhalt zu gebieten.

Picus

KANN KENNEDY DEN OST-WEST-KONFLIKT MILDERN?

Die ersten Wochen nach dem in Washington vollzogenen Führungswechsel haben zweifellos eine gewisse Entspannung in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen gebracht. Chruschtschew, der bis zum Amtsantritt Kennedys keine Gelegenheit versäumte, um nicht gegen die USA feindselig zu wirken, will den neuen Präsidenten von der angeblichen Bereitschaft der Sowjetunion zu einem zweiten Verständigungsversuch überzeugen. Das hat er in mehreren Botschaften an Kennedy betont. Auch die sowjetischen Diplomaten haben plötzlich ihre frühere Taktik der Brüskierung der amerikanischen Kollegen über Nacht eingestellt und suchen nach politischen und gesellschaftlichen Kontakten mit den Auslandsvertretern Amerikas. Freundlichkeiten und Komplimente bei den Gesprächen auf den Cocktail-Parties sind seit Anfang Januar 1961 genauso Mode, wie es die Taktlosigkeiten bis Ende Dezember des vergangenen Jahres waren. Man hat es also mit einer neuen Offensive des Lächelns zu tun, die sich fast ausnahmslos nur auf die Bemühungen um die amerikanischen Kreise bezieht und keinerlei ähnliche Erscheinungen in den Kontakten mit den Engländern, Franzosen oder den deutschen Diplomaten aus der Bundesrepublik zeigen. Die Umstellung von Feind auf Freund vollzog sich plump und radikal, wie das immer in der sowjetischen Diplomatie der Fall ist. Man kennt in diesen Kreisen keine verfeinerten Methoden, sondern man verwendet die gleiche Holzhammer-Taktik, die wir aus den innenpolitischen Vorgängen in der Sowjetunion kennen. Der Geist jener Kampagnen, die man bei den Getreideaktionen in Kasachstan oder auf den Zuckerrüben-Plantagen zur Erfüllung der von der Partei verkündeten Maßnahmen anwendet, beherrscht auch die sowjetische Diplomatie. Den westlichen Kollegen der sowjetrussischen Auslandsvertreter erleichtert eine solche Arbeitsauffassung die Aufgaben ungemein, weil man sich binnen einiger Tage in einem Außenministerium aus den einlaufenden Berichten über den jeweiligen Zug Moskaus schnell orientieren kann.

In diese gewissermaßen idyllische Landschaft mischten sich Anfang Februar Elemente der ersten Trübung, und zwar in der Form kritischer Betrachtungen der Botschaft Kennedys an die Nation. So wie die russischen Diplomaten ihren Ton plötzlich und allgemein wechselten, so ist auch die Pressepolemik nach dem Gesetz des Augenblicks und des uniformierten Argumentes umgeschwenkt. Man soll diese Kritik nicht dramatisieren, denn sie war erstens kurzlebig und zweitens durch eine Art von Konzilianz gemildert. Dennoch muß man sich fragen, ob Chruschtschew durch die Äußerungen des amerikanischen Präsidenten in eine Lage versetzt wurde, die diese rasch verschwundene Lawine von Presse- und Radiokommentaren notwendig machte. Immerhin ist doch durch diese erste Kritik auch der erste Zweifel an den hie und da im Westen wieder aufgetauchten Illusionen über den Verständigungswillen Moskaus entstanden. Vermutlich waren alle freundschaftlichen Gesten, die Chruschtschew vor der Botschaft Kennedys an den Präsidenten richtete, wie auch die Freilassung der beiden amerikanischen Flieger, die im vergangenen Sommer bei einem Luftzwischenfall, als die Sowjets ein amerikanisches Flugzeug abgeschlossen hatten, im sowjetrussischen Gewahrsam gehalten wurden, dazu bestimmt, den neuen Herrn im Weißen Haus bei der Abfassung der programmatischen Ziele zu beeinflussen. Nach der Lektüre der «State of the Union-Botschaft» muß Chruschtschew gemerkt haben, daß seine Bemühungen vielleicht nicht ganz umsonst gewesen sind, aber der Gesamteindruck über das wichtige amerikanische Dokument dürfte den Kremlgewaltigen sehr enttäuscht haben. Er hat sich dann entschlossen, ein Warnsignal in Richtung Washington abzufeuern; dabei hat Chruschtschew kaum damit gerechnet, daß er durch eine Pressekampagne in den sowjetischen Zeitungen Kennedy gleich zur Nachgiebigkeit zwingen wird. Vielmehr ging es ihm darum, daß seine verschiedenen Klienten aus dem kommunistischen Ostblock und auch eigene Apparatschiks in der russischen Partei ihm zu einem

späteren Zeitpunkt nicht den Vorwurf machen sollten, er habe das kapitalistische Credo Kennedys völlig unbeantwortet gelassen. So hat die ganze Pressepolemik von Anfang Februar in erster Linie den Wert gehabt, daß man sich zu einem späteren Zeitpunkt auf sie berufen kann, wo es angebracht sein wird und wenn man sagen muß, «wir haben die Entwicklung schon längst vorausgesehen».

Der rasche, wenn auch vorübergehende Szenenwechsel ereignete sich ferner mit Rücksicht auf die aktuellen Probleme der wichtigsten kommunistischen Allianz zwischen Moskau und Peking. Die Sowjets merkten vom ersten Tag des Amtsantritts Kennedys an, daß die chinesischen Kommunisten ihren scharfen antiamerikanischen Kurs nicht um einen Grad geändert haben. Im Gegenteil, man hat Kennedy in Peking mit den gleichen Schimpfworten begrüßt, die man stets in Zusammenhang mit Eisenhower gebrauchte. Wenn man berücksichtigt, daß man auf der letzten Konferenz der kommunistischen Internationale den Konflikt zwischen Chruschtschew und Mao Tsetung nur durch die antiamerikanischen Parolen überbrücken konnte, wird die Taktik des Kremlführers verständlich. Außerdem näherte sich damals der 11. Jahrestag des sowjetisch-chinesischen Bündnisses und beiden Seiten lag viel daran, daß keine neuen Hindernisse auftauchen, die der Allianz schaden könnten.

Nicht ausgeschlossen ist auch die These, daß die Sowjetunion mit dieser Kritik die Hoffnungen der unterjochten Völker Osteuropas dämpfen wollte, welche durch die Botschaft Präsident Kennedys — wenn auch bescheiden — aufflammen konnten. Nicht zufällig wurde dieser Aspekt besonders scharf von der russischen Propaganda angegriffen. Man hatte den Eindruck, daß der Kreml gewisse euphorische Stimmungen in dem von Kennedy mit Sympathie bedachten Polen bereits im Anfangsstadium enttäuschen wollte. Eine solche Taktik, wo das starke, übermächtige Sowjetrußland spricht und die Polen an die harte Wirklichkeit der geopolitischen Lage ihrer Heimat erinnert, ist, psychologisch gesehen, immer besser, als daß der Freund Chruschtschews, Gomulka,

seine Stimme gegen Amerika erheben muß, was seiner Popularität mehr Schaden als Nutzen bringen könnte. So können sich die polnischen Kommunisten das Mäntelchen der nationalen Betretenheit umhängen und auf das «böse» Moskau hinweisen. Warschau hat entsprechend der proamerikanischen Haltung der meisten Polen, die in dem neuen katholischen und mit dem polnischen Fürstenhaus Radziwill verwandten Präsidenten Amerikas einen natürlichen Verbündeten sehen wollen, eine logische Taktik gewählt. In der Presse und im Rundfunk hat man von allen Ostblockländern ein Maximum an Fairneß und Anstand gezeigt.

Chruschtschews Diplomatie des Lächelns sind gewisse Grenzen auferlegt. Sie sind vor allem durch die Widersprüche im kommunistischen Ostblock gekennzeichnet. Vor allem die Rotchinesen werden genau aufpassen, wann sie ihr Veto gegen etwaige Annäherungsversuche nach dem Modell von «Camp David» erheben sollen. Das allein würde genügen, um die Aussichten auf eine tiefgehende und langanhaltende Entspannung zwischen der Sowjetunion und den USA in einem skeptischen Licht zu sehen. Aber das erschöpft noch nicht die Kompliziertheit dieser Beziehungen. Vielleicht noch stärker ist dieses Verhältnis zwischen den beiden größten Potenzen der Welt durch die Gesetzmäßigkeiten der internationalen Politik, der Weltpolitik schlechthin, bestimmt. Wir wollen nicht als falsche Propheten gelten, denn die Prophezeiungen gehören nicht in die Sphäre der aktuellen außenpolitischen Betrachtungen, aber es will uns scheinen, daß die sich jetzt anbahnende neue Zerreißprobe in den Vereinigten Nationen das Problem der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen wieder auf den Boden der Realitäten bringen wird. Die Sowjetunion maßt sich die Rechte einer Schutzmacht für die Völker Afrikas und Asiens an und verbindet einen solchen Machtanspruch mit einer ideologischen, politischen, wirtschaftlichen und jeder sonstigen Art kommunistischer Aufpeitschung der farbigen Massen gegen die kapitalistische, liberale, christliche, konservative oder sozialistische — kurz und gut — demokratische Welt. Die USA müssen sich schon aus Selbst-

erhaltungstrieb gegen eine solche Expansion der Sowjetunion wehren. Darin liegt wohl auch der Schlüssel zur Erkenntnis warum auch ein Kennedy keine Milderung des Ost-West-Konfliktes realisieren kann. Chruschtschew versuchte mit seiner alten Taktik des Einlullens des Gegners das Unmögliche mög-

lich zu machen: ohne Konzessionen Amerika zu einem Umschwung zu bewegen. So betrachtet sind die chinesischen Kommunisten ehrlicher, weil sie offen zugeben, woran sie glauben.

Alexander Korab

INNENPOLITISCHE TAGESFRAGEN

Erfolg der EFTA

Obwohl die Mitarbeit der Schweiz in der EFTA streng genommen nicht zur Innenpolitik gehört, ist sie für die Entwicklung und das künftige Schicksal unserer Wirtschaft von so großer Bedeutung, daß hier wohl einige Bemerkungen zu der Ministerkonferenz gemacht werden dürfen, die Mitte Februar mit so großem Erfolg in Genf stattgefunden hat. Infolge des Beschlusses, den Zollabbau zu beschleunigen, wird die EFTA den Rückstand, den sie gegenüber der EWG aufweist, am 1. Juli 1961 aufgeholt haben. Dieser Beschuß war als Beweis der Aktionsfähigkeit der EFTA nötig. So hatte die in Paris erscheinende, der Verfechtung des französischen Standpunktes im deutschen Sprachgebiet dienende deutschsprachige Publikation «Europa Mundi» den Rückstand der EFTA als betontes Schwächezeichen glossiert. Er war das allerdings kaum, da ja die EFTA erheblich jünger ist als die EWG, hätte es aber bei weiterem Andauern werden müssen. Der «Gleichschritt» im Zollabbau mit der EWG ist, wirtschaftlich betrachtet, geeignet, einen kommenden «Brückenschlag» zu erleichtern. Vor allem aber mußte den Volkswirtschaften der EFTA, die in ihrem Export durch die EWG diskriminiert werden, die Gelegenheit geschaffen werden, sich im größeren EFTA-Raum bei stärkerer Zollbegünstigung zu erholen, sich aber auch den Anforderungen des Großraums anzupassen. Die EWG weiß nun auch, daß sie mit der schließlichen vollen Gegendiskriminierung zu rechnen hätte, wenn sie nicht auf eine Verständigung einträte.

Während sich die Assoziationsverhand-

lungen der EWG mit Griechenland mühselig dahinschleppen, kann die Angliederung Finnlands an die EFTA trotz politischer Schwierigkeiten, die gegenüber Griechenland nicht existieren, heute als feststehende Tatsache betrachtet werden. Die noch zu lösenden mehr technischen Fragen werden keine großen Schwierigkeiten mehr bieten. Es ist kein Zweifel, daß es für den Westen ein Gewinn ist, seinem gefährdeten Außenposten Finnland aus der wirtschaftlichen Isolierung heraus geholfen zu haben. Die EWG wäre dazu, als zu schwerfällig, nicht in der Lage gewesen. Ohne die EFTA würde Finnland wirtschaftlich geschwächt und damit der Sowjetunion noch stärker ausgesetzt. Finnland hat seinem übermächtigen und rücksichtslosen Nachbarn in einem separaten Vertrag die gleichen wirtschaftlichen Vorteile zugestehen müssen, die es der EFTA gewährt. Es wird aber mit Hilfe der Ursprungskontrolle gelingen, zu verhindern, daß die Sowjetunion über Finnland zollbegünstigt in die EFTA-Staaten liefern kann. Gegen allfällige Versuche der Sowjetunion, einzelne Partner der EFTA unter Druck zu setzen und von ihnen ähnliche Zugeständnisse zu verlangen wie sie sie von Finnland erhalten hat, ist dadurch ein Damm geschaffen, daß Finnland nicht EFTA-Mitglied, sondern Partner einer Sonder-Freihandelszone wird. Vielleicht beginnt man sich auch in den USA nun darüber Gedanken zu machen, daß Europa und der Westen auch weltpolitisch ohne die EFTA schwächer wären.

Sichtlich ist das wohlüberlegte, unverklausulierte Schlußcommuniqué nicht zuletzt für amerikanische Leser bestimmt. Ihnen gilt der Hinweis darauf, daß ein weiteres isolier-

tes Vorgehen der EWG im Sinne des französischen Kurses, der ja die einstigen Staaten der Communauté der EWG angliedern will, zu einer verhängnisvollen neuen Spaltung in Afrika führen würde. Für sie ist auch die Bemerkung berechnet, daß eine Spaltung Europas dauernder Natur zu einer Verschwendung der Produktionsmittel und Fehlorientierung der Investitionen zwingen müßte. In den gleichen Zusammenhang gehört die suggestive, auf Bundespräsident *Wahlen* zurückgehende Formulierung von einem einheitlichen europäischen Markt mit über 300 Millionen Einwohnern. Und endlich ist die ausdrückliche Gutheißung der britischen Fühlungnahmen mit einzelnen EWG-Staaten und die Klarstellung, daß diese künftigen Verhandlungen mit *allen* Staaten dienen sollen, geeignet, denjenigen die Augen zu öffnen, die mit dem Gedanken liebäugelten, Großbritannien könnte sich eines Tages allein mit der EWG arrangieren und die EFTA sitzen lassen. Großbritannien mit seinem weltpolitischen Gewicht, seinen für Europa so unschätzbaren Bindungen zum Commonwealth und seiner weltpolitischen Partnerschaft mit den USA ist die stärkste Trumpfkarte der EFTA. Es aus Europa herausdrängen wollen, wie dies das Konzept eifriger EWG-Bürokraten in Brüssel ist, ist der Ausdruck einer Kurzsichtigkeit, wie sie bei Menschen mit gesundem, von Ehrgeiz ungetrübtem Sinn nicht vorkommen sollte. Die Unentbehrlichkeit Großbritanniens für die freie Welt und Europa dürfte einmal, durch das Gewicht der Tatsachen, auch zu einer Überwindung der wirtschaftlichen Spaltung Europas führen. Jedenfalls hat sich die EFTA anlässlich der Genfer Konferenz nicht nur konsolidiert und geographisch ausgedehnt; sie hat sich in vielem der EWG überlegen gezeigt. Der mühselige Verlauf der letzten Pariser Ministerkonferenz der EWG bildet dazu eine eindrückliche Illustration. Die Schweiz ist Partner eines hoffnungsreichen Gebildes.

Schwerer Brocken Uhrenstatut

Die Struktur der Uhrenindustrie ist eine andere als sie es wäre, wenn sie nicht bis anhin

einer besonderen und in vieler Hinsicht einschneidenden staatlichen Regelung unterworfen gewesen wäre. Es gilt dies für die Zahl und Größe ihrer Betriebe, für die Aufteilung der Produktion unter die einzelnen Branchen und Unternehmungen und wohl auch für die qualitätsmäßige Gestaltung des fertigen Produkts und die Bedeutung der einzelnen Bauarten der Uhr. Ohne die bisherige staatliche Intervention bestünde mancher heute existierende Betrieb nicht mehr, wäre der eine größer und der andere kleiner und wäre die Tätigkeit sehr vieler Unternehmer mehr oder weniger von ihrer heutigen verschieden. Der unter einem freien System sich fortlaufend durchsetzende Anpassungsprozeß an sich ändernde interne und äußere Verhältnisse, Markt, Technik und Organisation, wurde teils abgedämpft, teils in andere Richtungen gelenkt. Es liegt daher nahe, dem auf Ende 1961 ablaufenden Uhrenstatut einen Nachfolger zu geben und nicht plötzlich von einem Extrem ins andere zu fallen. Aber ebenso klar ist, daß das neue Statut auf manche bisherige Bindung verzichten und andere mildern soll.

In der Uhrenindustrie selber sind die Meinungen derart verschieden, daß sie trotz sehr langer Beratungen nicht zu Vorschlägen gekommen ist, die als diejenigen *der* Uhrenindustrie betrachtet werden könnten. Vom Wunsch, möglichst alles beim alten zu lassen, bis zur Meinung, man ließe am besten alles fallen, finden sich in der Uhrenindustrie ungefähr sämtliche dazwischenliegenden Nuancen. Der Einfluß der Uhrenindustrie auf die Neuordnung ist damit klein geworden. Um so wertvoller ist es, daß sich die zuständigen Chefbeamten des EVD, vor allem Generalsekretär Dr. *Karl Huber*, aber auch der Departementschef, Bundespräsident Dr. *Wahlen*, in einer Weise in die Materie eingearbeitet haben, die sie zu souveräner Beherrschung führte und in allen Kreisen, in denen man sich mit der Sache zu beschäftigen hat, ungeteilte Anerkennung findet. Schwerer ist es für die Parlamentarier, die schließlich nicht den jahrelangen innern Entwicklungsprozeß miterleben konnten, sich zur Sattelfestigkeit emporzuarbeiten.

Schon heute, in den Anfangsstadien der

parlamentarischen Beratung, können einige Änderungen gegenüber dem bisherigen System als sicher betrachtet werden. Niemand denkt mehr daran, die Bewilligungspflicht für die Erhöhung der Arbeiterzahl weiterzuführen. Das «Compartimentage», die staatlich vorgeschriebene, auf die einstige verbandsmäßige Gliederung abstellende übertriebene Unterteilung in Einzelzweige, die die Produktion nicht über ihre meist enge Sparte hinaus ausdehnen durften, wird sofort wesentlich gelockert und wird im Laufe des Geltungsbereiches einen weiteren Abbau erfahren. Mit der Bewilligungspflicht für die Eröffnung und Umwandlung von Betrieben nach einer Übergangsfrist von 4 Jahren sollen die noch verbleibenden Vorschriften über das Compartimentage schließlich ganz dahinfallen.

Von grundsätzlicher Tragweite ist die Frage, ob die Bewilligungspflicht für die Betriebseröffnung von spezialisierten Herstellern von Rohwerken und reglierenden Bestandteilen während der ganzen Dauer des neuen Bundesbeschlusses aufrechterhalten werden soll. Hier lag bisher der Kern der Uhrenregelung. Die Erfahrung früherer Jahre hat gezeigt, daß das Chablonnage, die Ausfuhr von Bestandteilen, angesichts der Kleinheit dieser Teile nicht allein an der Grenze verhindert werden kann. Die Kontrolle muß sich auch auf die Herstellung erstrecken. Aus diesem Grunde wurde die «Schlüsselgruppe» kapitalmäßig in der ASUAG zusammengefaßt und unter scharfer Kontrolle gehalten. Wenn es richtig ist, was behauptet wird, und es ist kein Grund, daran zu zweifeln, daß die Schweiz auch heute noch bei den Rohwerken und reglierenden Bestandteilen einen Vorsprung vor dem Ausland habe, was sich in einer entsprechenden Nachfrage zeige, so wäre im Falle der Freigabe eine vermehrte Ausfuhr von Bestandteilen und verminderte Ausfuhr fertiger Uhren und Uhrwerke zu erwarten. Wenn die Bewilligungspflicht, wie im bundesrätlichen Entwurf vorgesehen, auch für die «Schlüsselgruppe» nur noch während einer Auslaufperiode von 4 Jahren bestehen soll, so wird es fraglich, ob nach Ablauf des neuen Uhrenstatuts dann überhaupt noch ein ge-

nügender Grund für eine Fortführung bestehe. Auf das bisherige Hauptstück, den *wirksamen Kampf* gegen das Chablonnage, hätte man dann eben verzichtet. In der Uhrenindustrie selber gehen die Meinungen auch hier auseinander. Fällt einmal die Bewilligungspflicht für die Rohwerke und reglierenden Teile weg, so wird jede Fabrik nach Gutdünken solche Teile herstellen und, allenfalls begrenzt durch kartellmäßige Abmachungen, nicht mehr aber durch gesetzliche Vorschriften, verkaufen können wie und wo es ihr beliebt. Die Ausfuhrkontrolle durch die Zollorgane an der Grenze vermöchte die Lieferung ins Ausland nicht lückenlos zu verhindern. Anderseits könnten sich die Rohwerk- und Bestandteilstafriken, die heute daran gehindert sind, die Herstellung von Fertiguhren angliedern. Hier, in der Frage der Bewilligungspflicht für die Eröffnung und Umwandlung von Betrieben zur Herstellung von Rohwerken und reglierenden Bestandteilen, wird der weittragendste Entscheid anlässlich der Revision des Uhrenstatuts zu fällen sein.

Die andere Seite

In der Beratung des Bundesbeschlusses über die *Genehmigungspflicht für die Übertragung von Grundbesitz an Personen im Ausland* hat sich das Zweikammersystem wieder einmal bewährt. Die ständerätsliche Kommission hat sich geweigert, das halsbrecherische Tempo der Beratungen mitzumachen und die Vorlage, die schließlich juristisch schwierig und materiell bedeutend ist, in einer Session durch beide Räte zu peitschen. Das hat ihr die üblichen Zensuren in der Presse eingetragen, aber dann ging man zur Tagesordnung über, und niemand glaubt heute noch, die sorgfältigere Behandlung sei ein Unglück.

Die erstaunliche Tatsache, daß die Botschaft des Bundesrates der Frage allfälliger nachteiliger Rückwirkungen auf schweizerische Wirtschaftsinteressen im Ausland nicht einen einzigen Satz gewidmet hatte, ist schon in den «Tagesfragen» im Dezemberheft 1960 festgehalten worden. Die ständerätsliche Kommission hat diese Prüfung offenbar nachgeholt. Sie hat eine Fassung gutgehei-

ßen, laut der die Bewilligung an Erwerber im Ausland zu erteilen wäre, wenn auf dem Grundstück eine industrielle oder händlerische oder gewerbliche Tätigkeit entfaltet werden soll. Das ist ein bedeutender Fortschritt. Man soll, heißt es, nicht mit Steinen werfen, wenn man selber im Glashaus sitzt. Nun hat die Schweiz wesentlich mehr wirtschaftliche Stützpunkte im Ausland als das Ausland bei uns. Es ist daher nicht ratsam, daß wir etwa ausländische Tochtergesellschaften in der Schweiz am Bodenerwerb hindern, wenn wir uns in Zukunft noch auf die Niederlassungsverträge gegenüber dem Ausland berufen möchten, wenn dieses uns in der Bewegungsfreiheit einschränken wollte. Wir sollten also die andern nicht gerade in dem Punkt reizen, wo wir viel empfindlicher sind als sie. Der Boden in der Schweiz, der gemäß der Formulierung der ständerätslichen Kommission in ausländische Hände gelangen könnte, ist gegenüber der ausländischen Beteiligung am Grundstückhandel in der Schweiz und am Bodenerwerb rein zur Anlage ausländischen Kapitals, zum Beispiel in Mietblocks, die der Bewilligungspflicht unterstellt blieben, belanglos. Es wäre unverständlich, wenn nicht beide Räte im Sinne des Antrages der ständerätslichen Kommission Beschuß fassen würden, denn am Gelungsbereich würde fast nichts geopfert, die Gefahr von Retorsionen aber doch ganz bedeutend herabgemindert. Schließlich hängt das Gedeihen der schweizerischen Volkswirtschaft zu einem ansehnlichen Teil auch von unsren wirtschaftlichen Außenposten ab.

Auch in der Gesetzgebung ist die Zeit von Gott, aber die Eile vom Teufel.

Vor neuartigen Aufgaben

Es ist heute als feststehend zu betrachten, daß von den Parteien und Verbänden, die dafür in Betracht kommen könnten, das Referendum gegen den *Ausführungsbeschuß zum neuen Preiskontrollartikel* nicht ergriffen wird. Er wird daher fristgerecht in Kraft treten. Ein Referendumskampf hätte auch wenig Aussichten gehabt. Nun wird eine neue Etappe beginnen. Die Kantone müssen sich entschei-

den, ob und für welche ihrer Gebiete sie von der Kontrolle bisheriger Observanz zur lockeren Überwachung übergehen wollen. Ferner sind die organisatorischen Fragen der Überwachung zu lösen. Dem Bund wird es obliegen, dafür zu sorgen, daß die Anpassung der Mieten an die heutigen Verhältnisse in den «kontrollierten» und den «überwachten» Gebieten nicht zu sehr auseinander geht, sondern sich ungefähr im Gleichmaß entwickelt. Das Problem, das sich grundsätzlich bei der Überwachung ergibt, kann etwa so charakterisiert werden, daß wesentlich mehr Freiheit herrschen, eine Ausnutzung noch bestehender Mangellagen aber unterbunden werden soll. Auf die Vernunft von Hausbesitzern und Mietern wird es wieder mehr ankommen als in den Zeiten, da staatliches Diktat und staatliches Einfrieren die Probleme «lösten».

Die Panne eines Komitees

Es wäre unabträglich, hier auf die Auseinandersetzung um den *Treibstoffzollzuschlag* zu sprechen zu kommen. Der Entscheid des Volkes wird ja ungefähr im Zeitpunkt des Erscheinens dieses Heftes fallen. Indessen sei festgehalten, daß das gegnerische Komitee sich gezwungen gesehen hat, seine Methoden zu ändern und der im Anlaufen der Kampagne getriebenen offenkundigen Demagogie abzusagen. Dies geschah wohl nicht nur aus Gründen eines erwachten bessern Geschmackes, sondern auch aus der Erkenntnis heraus, daß sich die Propaganda in dieser ersten «demagogischen Phase» zum Bumerang zu entwickeln drohte. Sie hielt ein Niveau ein, das zu viele Wähler abstieß und verlassen konnte, gleichsam als Protest gegen ihre zutage tretende tiefe Einschätzung Ja zu stimmen. Auch wurde die Frage geradezu präjudiziert, ob es an guten Argumenten fehle, wenn man so massiv und ausschließlich mit Verdächtigungen, Unterschiebungen und Entstellungen arbeiten müsse. Jedenfalls hat sich ein solches Sündenbekenntnis eines politischen Komitees in der Schweiz bislang nicht ereignet.

Noch liegt der Ausgang der Volksabstimmung im Schoße der Zukunft verbor-

gen. Der Peccavisang des Komitees darf aber als erfreuliches Zeichen dafür genommen werden, daß unser Volk gesund genug ist, um sich gegen moderne Auswüchse der politischen Propaganda zu immunisieren. Es ist ein Abweg, wenn ein Abstimmungskomitee eine Reklamefirma, die sich sonst um die psychologisch beste Anpreisung von Seifen und neuen Zigarettenmarken, Konserven und modischen Skihosen und dergleichen bemüht, angestellt wird, dem Schweizervolk eine politische Parole mundgerecht zu machen. Die Inseratentexte hat allerdings sichtlich — da kann das Aktionskomitee die Verantwortung nicht von sich abwälzen — nicht das Reklamebüro geschrieben, das dafür ja nicht die geeigneten Leute hat. Sie sind ihm aus dem Komitee geliefert worden, wo-

bei es keine Kunst ist, zu erraten, von welchem Flügel. Es wäre am Platze gewesen, diesen, nicht das Reklamebüro öffentlich zu desavouieren. Einmal vor Jahren hatte ein Reklamebüro mit einer ihm übertragenen politischen Agitation einen Überraschungserfolg. Das zweite Mal trat schon ein Mißerfolg ein. Nun stehen wir vor einem neuen Fall, da die Demagogie sogar in den Augen derer abwirtschaftet, die sie sich zuerst gefallen ließen, solange sie sich von ihr Erfolg versprachen. Es läge in der Logik der Dinge, wenn der Treibstoffzollzuschlag, der gegen gute Bezahlung mit den Methoden der modernen Geschäftsreklame bekämpft wird, eindeutig angenommen würde.

Helvetica

EINE NEUE WERTVOLLE INFORMATIONSQUELLE

Die gegenwärtige Wirtschaftsentwicklung zeichnet sich durch eine besondere Dynamik aus: die Marktbedingungen ändern sich immer rascher im Zuge des weltweiten wirtschaftlichen Wachstumsprozesses. Darüber hinaus ist das Wirtschaftsgeschehen auch komplexer und unübersichtlicher geworden. Für die leitenden Persönlichkeiten, die in den Unternehmungen und in der öffentlichen Verwaltung Entscheidungen zu treffen haben, wird daher das Bedürfnis nach einer möglichst vollständigen Information über das Wirtschaftsgeschehen immer größer. Nun strömt natürlich dem einzelnen durch die Presse tagtäglich eine Fülle von Auskünften über die Wirtschaftslage, die Abschlüsse der Unternehmungen, die Wirtschaftsaussichten bestimmter Branchen, die Vorbereitungen neuer gesetzlicher Maßnahmen usw. zu. Man kann mit Fug und Recht behaupten, daß wohl kaum ein anderes Land von seiner Presse so objektiv und lückenlos informiert werde wie das schweizerische. Den meisten Lesern entschwinden jedoch die täglichen Nachrichten bald wieder aus dem Blickfeld, und sie haben auch nicht die Möglichkeit, die bedeutsamen Informationen so zu archivieren, daß sie sich sofort über ein Monate oder

sogar Jahre zurückliegendes Geschehen sofort dokumentieren können.

Die *Schweizerische Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft* hat sich nun, zusammen mit dem *Schweizerischen Wirtschaftsarchiv in Basel*, bemüht, diese von vielen empfundene Dokumentationslücke durch Herausgabe eines *Archivs für schweizerische Wirtschaft und Wirtschaftspolitik* zu schließen. Das Archiv erscheint monatlich und faßt die wichtigsten Ereignisse des schweizerischen Wirtschaftslebens zusammen: es orientiert nicht nur über wirtschafts- und finanzwirtschaftliche Debatten, über außenwirtschaftliche Probleme (Handelsverträge, Integrationsfragen usw.) und die Lage bestimmter Wirtschaftszweige, sondern auch über die Tätigkeit von Verbänden und Gewerkschaften, die Geschäftsabschlüsse der bedeutendsten Firmen, die Anleihenemissionen und dergleichen mehr. Das Archiv wird daher jedem, der im Wirtschaftsleben als Unternehmer, Verbands- und Wirtschaftspolitiker, aber auch als Journalist oder Handelslehrer tätig ist, überaus wertvolle Informationsdienste leisten¹.

Francesco Kneschaurek

¹ Verlag Berichthaus Zürich.